

Die Menschheit

Soll die Annexion Belgiens das neue Kriegsziel Deutschlands werden? ¹⁾

Erwiderung von Adolph Hoffmann,

Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses (Berlin).

In der Nr. 10 der *Menschheit* stellen Sie in einem Aufsatz unter dem Titel: «Führt Deutschland einen Eroberungskrieg?» u. a. die Frage: «Soll sich der gegenwärtige Krieg Deutschlands um seine Existenz in einen Eroberungskrieg verwandeln, der um des Wunsches willen, ein fremdes Land zu annektieren, weitergeführt wird?»

Sie wenden sich wegen einer Antwort auch an meine Person.

«Anlass zu Ihrer Frage gibt Ihnen ein Aufsatz des Prof. Dr. E. Hæckel (Iena) über die Zukunft Deutschlands, resp. das zu erreichende Kriegsziel.

Ich halte für die erste und unerlässliche Bedingung dafür, dass ein dauernder Friede nach diesem entsetzlichen Ringen eintrete, die strikte Abweisung aller Eroberungs-Gelüste, ganz gleich, wer immer der Sieger sein möge.

Diesen Standpunkt muss meiner Ueberzeugung nach jeder wahre Menschenfreund, also auch jeder Monist vertreten.

Sie werden einwenden, Professor Hæckel tut das nicht; gewiss u. ich bedaure dies aufs tiefste, und nicht zuletzt für die monistische Bewegung ausserordentlich. Aber mir scheint doch, Sie messen den genannten Ausführungen von Professor Hæckel mehr Bedeutung bei, als sie wirklich haben.

Ich selbst gehöre zu den grössten Verehrern Hæckels als Wissenschaftler, er hat besonders durch seine populäre Schreibweise für die Aufklärung der Massen auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Erkenntnis Grosses und damit dem Monisten- und Freidenkertum unschätzbare Dienste geleistet, aber — er hat auch ebenso unwiderlegbar jedesmal, wenn er aus seiner Gelehrtenstube in das politische Leben hinaustrat und eingriff, bewiesen, dass er auf diesem Gebiet ein grosses politisches Kind trotz seiner achtzig Jahre geblieben ist und dass man als grosser Gelehrter von sozialen und politischen Dingen recht herzlich wenig verstehen kann.

Ein Schicksal, das Prof. Hæckel merkwürdigerweise noch mit einigen anderen Monisten teilt, darunter allerdings auch solchen, denen ihre wissenschaftlichen Kenntnisse nicht einmal als Entschuldigung dienen können.

Dass ein Mann wie Witkowsky (Maximilian Harden) in seiner *Zukunft* ähnliche Wunschzettel veröffentlicht, nimmt in Deutschland niemand wunder, aber — auch nicht ernst. Er ist der Arrangeur des politischen Ueberbrettels für Berlin W. W. und wird als solcher bewertet. Die Stimmung des deutschen Volkes glaube ich auch etwas zu kennen und darf wohl sagen, dass die übergrosse Mehrheit nur ein Wunsch beseelt: *Nach einem wahrhaften Frieden auf einer Grundlage, welche zum Wohle der ganzen Kulturmenschheit die Dauer verbürgt.*

Erwiderung von Ludwig Wagner.

(Kaiserslautern.)

Als überzeugter und entschiedener Vertreter des Friedensgedankens müsste ich ohne weiteres Bedenken diese Frage verneinen. Denn gerade das Bewusstsein, dass wir unser Höchstes, unsere selbständige nationale Existenz gegen eine Welt von Feinden zu verteidigen haben, gab unserem ganzen Volke die feste Geschlossenheit und den

¹⁾ Siehe in unserer Nummer vom 2. Januar die ersten Erwiderungen, die uns auf unsere Rundfrage zugekommen sind u. zwar von den Herren Geheimrat Prof. Dr. Wilhelm Förster, Berlin, Dr. Gust. Tschirn, Präsidenten des Deutschen Freidenkerbundes, Breslau, Stadtpfarrer O. Umfried, Stuttgart, H. Peus, Mitgl. des Deutschen Reichstags, Dessau, Ed. Bernstein, Mitgl. des Deutschen Reichstags, Berlin, und Frä. Lida Gustava Heymann, Vorsitzende des Frauenstimmrechtsvereins, München.

einmütigen, unerschütterlichen Willen zu obliegen. Die Ueberzeugung, dass wir um eine gerechte Sache kämpfen, lässt das deutsche Volk auch das grösste und letzte Opfer auf sich nehmen. Gerechtigkeit erhöht ein Volk. Sollte nun dasselbe Volk, das sich eben aus diesen inneren, ethischen Antrieben zu seiner grössten Kraftentfaltung in diesem Weltkrieg emporschwang, wieder von dieser Höhe herabsteigen, indem es den ihm aufgezwungenen Verteidigungskrieg, von Macht- und Ländergier geblendet, in einen Eroberungskrieg verkehren wollte? Wer die seelische Verfassung des deutschen Volkes kennt, wird ihm eine solche Entgleisung nicht zutrauen. Man darf das deutsche Volk nicht nach dem lauten Geschrei des kleinen Häufleins der Alldeutschen beurteilen. Nirgends in der Welt lag einem Volke der Friede mehr am Herzen als dem deutschen. Denn bis zum letzten Mann im Volke hatte sich in Deutschland die Ueberzeugung verdichtet, dass der Friede die bedingungslose Voraussetzung dafür ist, dass ihm die Früchte seiner Arbeit gesichert bleiben. Nun aber das deutsche Volk einsehen musste, dass es gerade der Erfolg seiner Arbeit ist, der den Neid und die Pläne zu seiner Vernichtung bei den anderen hervorgerufen hat, ist es auch zum äussersten entschlossen. Daran zweifelt in Deutschland niemand mehr, dass die Ursache des ihm aufgezwungenen Krieges zu suchen ist in der «Furcht Englands vor einem Ueberwiegen Deutschlands am Weltmarkt». Darum wird und kann das deutsche Volk die Waffen nicht eher aus der Hand legen, bis es sich einen Frieden gesichert hat, der es entweder für immer, wie wir Friedensfreunde es anstreben, oder wenigstens auf recht lange Zeit hinaus gegen feindliche Ueberfälle sichert. Eine Gewähr für eine derartige Friedenssicherung könnten wir darin erblicken, wenn es zu einer restlosen Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich käme. Beide vereint könnten der Welt einen dauernden Frieden verkünden und sichern. In diesem Falle würde, wenn Deutschland siegreich bleibt, kaum jemand daran denken, Frankreich in seinem Länderbesitz zu schmälern und es wäre dann wohl auch kein Anlass gegeben, Belgien dem deutschen Staate als einen hemmenden Fremdkörper einzuverleiben. Denn ohne Frankreich würde es England nicht mehr wagen, Deutschland zu bedrohen und ohne französisches Geld und französische Kanonen könnte auch Russland nicht so schnell sein Heer weiter ausbauen und vermehren. Einen solchen Frieden sehen wir um so mehr in das Bereich der Möglichkeit gerückt, als sich Frankreich und Deutschland in ihren wirtschaftlichen Interessen am wenigsten im Wege stehen.

Sollte aber eine derartige Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland nicht zustande kommen — Deutschland hat das ja nicht allein in der Hand — so wäre tatsächlich der in Nr. 10 dieses Blattes angedeutete und mit Recht gefürchtete «dauernde latente Fehdezustand zwischen Deutschland und England» gegeben. Denn ein Friede, der die bisherige Mächtegruppierung, Frankreich, England, Russland, gegen Deutschland bestehen liesse, müsste vom deutschen Volke nach den Erfahrungen des Jahres 1914 als eine beständige Bedrohung aufgefasst werden, die über kurz oder lang zu einem neuen Zusammenstosse führen würde. Zu Abmachung und Verträgen mit England hat man vorerst nach seinem skrupellosen Gebahren in diesem Weltkrieg im deutschen Volke kein Vertrauen. Bis ein solches in Deutschland festen Fuss fassen könnte, müsste sich die englische Politik und Diplomatie von Grund aus geändert haben. Das ist aber eine Frage, die weit in der Zukunft liegt, und bei dem Friedensschluss handelt es sich um die Sicherstellung Deutschlands um jeden Preis. Da also Deutschland damit rechnen müsste, dass England von seinem Versuche, Deutschland einzukreisen und es vom Weltmarkt abzusperrn, auch in der Zukunft nicht abstehen werde, so werden die deutschen Staatsmänner schon beim Friedens-

schluss darauf hinwirken, dieser Absicht Englands einen wirksamen Riegel vorzuschieben. Das Hauptbestreben der englischen Kriegsführung geht dahin, Deutschland vollständig von der Zufuhr seiner Nahrungsmittel und der nötigen Rohstoffe und der Ausfuhr seiner Industrieerzeugnisse abzuschneiden. Dies gelingt ihm nur deshalb, weil das Operationsgebiet der deutschen Flotte und ihrer Zuflucht auf das kleine «nasse Dreieck» der deutschen Bucht beschränkt ist. Was liegt da dem deutschen Staatsmann näher, als Ausschau zu halten nach neuen Stützpunkten am offenen Meer, um von da aus den englischen Aushungerungsversuchen die Spitze bieten zu können? In diesem Falle bekommt die Frage der Annexion Belgiens für die öffentliche Meinung Deutschlands ein ganz anderes Gesicht. Nicht aus Eroberungslust würde eine derartige Forderung gestellt werden, sondern nur zu dem Zweck um einen weiteren Angriff Englands möglichst weit hinauszurücken oder ihn gar unmöglich zu machen, also um Deutschland den Frieden zu sichern.

Selbstverständlich wären damit die grossen Bedenken, die eine Angliederung Belgiens an das deutsche Reich unbedingt hervorrufen muss, nicht entkräftet. Aber Deutschland wäre, immer vorausgesetzt, dass die eingangs erwähnte Verständigung nicht zustande käme, in die Notwendigkeit versetzt, zwischen zwei Uebeln das kleinere zu wählen. Ein mit den beiden Grossmächten England und Frankreich verbündetes oder gar ihnen willenlos ergebenes Belgien wäre zweifellos eine für die Lebensinteressen Deutschlands grössere Gefahr als alle anderen Nachteile zusammen, die die Annexion Belgiens durch Deutschland im Gefolge hätte. In diesem Zusammenhange sei mir gestattet die in Nr. 10 zusammengestellten Bedenken gegen eine solche Annexion als die kleineren Uebel andeutungsweise zu kennzeichnen.

Die Angliederung eines kleineren Landes an ein grösseres schliesst nicht aus, dass dem betreffenden Volke seine eigene Verwaltung und Entwicklungsfreiheit gewährleistet wird. Es haben sich während des Krieges schon Anzeichen bemerkbar gemacht, dass die innere Politik Deutschlands gegen die dem Reiche eingegliederten nichtdeutschen Völkerschaften in Zukunft einen derartigen Kurs nehmen wird. Gewiss erkennen wir Friedensfreunde gerne das Selbstbestimmungsrecht der Völker als sittliche Forderung an. Aber diese eigentlich selbstverständliche Voraussetzung für ein einträchtiges Zusammenwirken der Menschenfamilie hat bis heute in der Diplomatensmoral keiner einzigen Grossmacht Anerkennung gefunden. Im Gegenteil, England, Frankreich, Italien haben in den letzten vierzig Jahren mehr Land «annektiert» als Deutschland und selbst noch während des Krieges können Frankreich und England das Annektieren nicht lassen (Aegypten, Tunis, Marokko). Wenn sich die «Demokratien» darüber entrüstet wollten, falls sich Deutschland in die Notwendigkeit versetzt sehen sollte, zu seiner Sicherung gegen England hin Belgien zu annektieren, so müssten sie in erster Linie ihre Entrüstung in wirksamer Weise darüber zum Ausdruck bringen, dass sich die Grossmächte bei ihren Entschliessungen nicht in erster Linie von sittlichen Beweggründen leiten lassen, sondern vom «heiligen Egoismus». Man hat aber bei den «Demokratien» wenig von einer solchen Entrüstung verspürt, als kürzlich dieses politische Evangelium von einem führenden Staatsmann öffentlich verkündigt wurde, und England, das seit Jahrhunderten für den Götzen, den «heiligen Egoismus» ungezählte Opfer auf die Schlachtbank führte, wird von der grössten «Demokratie» der Welt, Amerika, in freundschaftlichster und ausgiebigster Weise mit allem nötigen Vorrat versorgt, der ihm erst ermöglicht, das mörderische Ringen in die Länge zu ziehen. Bei der derzeitigen moralischen Verfassung der Diplomatie würde von dieser ein freiwilliger Landverzicht Deutschlands auf ein erobertes Land

nicht als eine sittliche Tat, sondern als Schwäche betrachtet werden und diese vermeintliche Schwäche könnte nur den Anlass zu neuen Demütigungsversuchen geben. Dass natürlich die Annexion Belgiens eine «Vergewaltigung» des belgischen Volkes wäre, wird durch solche Ueberlegungen nicht geändert. Aber die sittliche Verantwortung hierfür könnte man nicht Deutschland zuwälzen, sondern sie würde in erster Linie diejenigen treffen, die Belgien in selbstsüchtiger Weise in das Unglück hineingetrieben haben, und nicht zuletzt die belgische Regierung selbst, die längst vor dem Kriege, wie es die in dem demnächst erscheinenden Deutschen Weissbuche zur Veröffentlichung gelangenden Dokumente ausweisen, mit den Feinden Deutschlands gemeinsame Sache gemacht, also selbst ihre Neutralität gebrochen hat⁽¹⁾. Aus den bisherigen Andeutungen geht schon hervor, dass Deutschland Belgien nicht annectieren würde, weil es etwa einen Absatzmarkt für die deutsche Export-Industrie zu gewinnen hoffte. Trotzdem könnte auch eine wirtschaftliche Interessengemeinschaft zwischen den beiden industriegesättigten Ländern für keines derselben ein Schaden sein.

Trotz alledem, kann man aber einwenden, würde durch eine Annexion Belgiens das natürliche Recht der Selbstbestimmung eines freien Volkes gewaltsam beiseite geschoben und damit ein Unrecht begangen. Von der Verantwortung für dieses Unrecht habe ich schon gesprochen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit nur zu bedenken geben, ob wir bei den derzeitigen Machtverhältnissen überhaupt von einem Selbstbestimmungsrecht der Völker reden können. Wo blieb das Selbstbestimmungsrecht oder vielmehr die Möglichkeit der Selbstbestimmung der Völker, als sich anfangs August vorigen Jahres das Kriegsgewitter über ihren Häuptern zusammenzog? Wir sind alle überzeugt, dass weder das deutsche Volk, noch das französische, noch das englische, noch das russische den Krieg, sondern den Frieden wollten. Nicht sie, die Völker selbst, sondern ein kleines Häuflein von Diplomaten haben über ihr Schicksal entschieden. Auch steht es nicht für alle Fälle, besonders nicht unmittelbar nach dem Kriege, fest, ob durch eine Volksabstimmung der wahre, auf die Erkenntnis des wirklichen Volkswohles sich gründende Volkswille zum Ausdruck käme. Der Verlauf der letzten sechs Monate hat gezeigt, welche Verheerungen in der öffentlichen Meinung und Stimmung durch einen grossen Teil der Presse, deren sich die Diplomaten und politischen Agenten bedienen, mit ihren entstellenden und verhetzenden Berichten hervorgerufen werden.

Solchen Tatsachen und Imponderabilien müssen besonders wir Friedensfreunde in Deutschland offen ins Gesicht schauen und wir dürfen uns von ihnen nicht abschrecken lassen, an der Vorbereitung eines Dauerfriedens und einer endlichen Versöhnung der Völker nach Kräften mitzuarbeiten. Eine solche Friedensarbeit erfordert ausserordentliche Geduld und grosse Opferbereitschaft und noch mehr Bekennermut. Mit der theoretischen Ablehnung der Annexion Belgiens ist unserer Sache nur wenig gedient. Es gilt vorerst, die Haufen von Schutt, die der gegenwärtige Zusammenbruch zwischen den Völkern aufgerichtet hat, aus dem Wege zu räumen. Nur einige der mir am bedeutungsvollsten erscheinenden Strebeziele der Friedensfreunde möchte ich zum Schlusse noch andeuten. Die Völker werden sich finden, wenn sie sich einmal wirklich kennen. Da liegt vor allem eine Hauptaufgabe der Erziehung. Deren Früchte aber reifen nicht auf einmal, sondern langsam nach und nach. Darum vorerst einmal der Wahrheit eine Gasse! Die Lüge, die die Seelen der Völker vergiftet und sie gegeneinander hetzt, muss unter ein internationales Zuchtpolizeigesetz gestellt werden. Für den politischen Brunnenvergifter den Galgen! Dabei verspreche ich mir allerdings von dem Haager Schiedsgericht und den Haager Konferenzen nicht viel, wenigstens nicht in der Form, wie sie bisher in die Erscheinung traten. Nicht die Diplomaten sollen den Ausschlag geben, sondern die Völker sollen selbst ihr Geschick in die

⁽¹⁾ Bei aller Meinungsfreiheit, die wir den andern sehr interessant, unserer Ansicht nach jedoch durchaus nicht beweiskräftigen Gesichtspunkten unseres Mitarbeiters gewähren, halten wir es doch für unsere Pflicht, darauf hinzuweisen, dass dieser Satz neuerdings die von Belgien zum Schutze seines Landgebietes mit andern Mächten getroffenen Vereinbarungen mit einer Angriffsabsicht Belgiens verwechselt.

Ann. d. Red.

Hand nehmen. Die Selbstbestimmung der Völker soll nicht bloss eine schöne Phrase sein, sondern Wirklichkeit werden. Zu diesem Zwecke müssen sich die Haager Konferenzen erweitern zu einem Völkerareopag, der neben den amtlichen Regierungsvertretern auch die Vertrauensmänner der einzelnen Völker, die bedeutendsten Parlamentarier aller Länder, regelmässig zu gemeinsamer Arbeit vereinigt. Ein verheissungsvoller Anfang hierzu waren die Zusammenkünfte deutscher und französischer Parlamentarier im vorigen Jahre. Mit einer solchen Einrichtung wäre den Volksvertretern auch die Möglichkeit einer genaueren Ueberwachung ihrer zünftigen Diplomaten gegeben. Eine gründliche Reform der gesamten Diplomatie könnte so angebahnt werden, vor allem eine in allen Staaten durchgreifende Verpflichtung der Diplomaten auf die sittlichen Normen der Wahrhaftigkeit, der Treue, der Billigkeit und Gerechtigkeit, wie sie längst als allgemein gültige Grundlagen des innerstaatlichen Lebens bei den Kulturvölkern anerkannt sind. Dieser Völkerareopag wäre auch die rechte Stelle für die Ueberwachung der Presse, soweit sie in die internationalen Beziehungen eingreift. Aus einem solchen Völkerareopag würde allmählich von selbst der «Europäische Staatenbund» herauswachsen. «Zukunftsmusik», wird man sagen, die auf den kommenden Friedensschluss keinerlei Einfluss hat. Gewiss, die Völkerverständigung kommt nicht von heute auf morgen. Noch lange, ausdauernde Arbeit harret unser. Diese Erkenntnis legt uns die Frage vor, welchem Ziel wir als dem nächstliegenden zuzustreben haben, um wo möglich noch den kommenden Friedensschluss in unserem Sinne zu beeinflussen. Mit dieser Frage komme ich wieder auf meine eingangs aufgestellte Behauptung zurück, dass nur eine vollständige Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich der Ausgang für den dauernden Frieden Europas werden kann.

Erwiderung von E. Vogtherr,

Mitglied des Deutschen Reichstags (Dresden).

Das Drängen, den Krieg zu einem Eroberungskrieg zu machen, das Erdreich schon zu verteilen noch ehe feststeht, wie und unter welchem Gesichtspunkt es etwa neu zu verteilen wäre, tritt leider wohl nirgends so dreist hervor wie in Deutschland. Das ist jenes plumpe Draufgänger-tum, das wir als internationale Erscheinung auch bei Chauvins Frankreichs, bei den Jingos Englands und den Panславisten Russlands finden. Aber alle diese schweigen zur Zeit, während die alldeutschen Draufgänger laut rasonnieren. Der gleiche Urgrund dieser internationalen Erscheinung ist der internationale imperialistische Kapitalismus, der sich des Militarismus für seine Zwecke bedient. Wenn die Alldeutschen z. B. Frankreich und Belgien aufteilen (ehe sie es haben), so vergessen sie zunächst die historischen Erfahrungen, die Deutschland bereits mit den eroberten fremdsprachigen Landesteilen, Elsass-Lothringen, Schleswig, Polen — u. welche die Bewohner dieser Landesteile mit den preussisch-deutschen Verwaltungskünsten gemacht haben. Dem deutschen Volke wird ferner von jenen unberufenen Diplomaten eine Fülle strategischer Vorteile vergegaukelt, die ihre Eroberungspolitik schmackhaft machen sollen. In Wirklichkeit handelt es sich um vermeintliche industrielle Vorteile. Das Auge unserer Grosskapitalisten und Grossindustriellen schießt nach den Gebieten der Grubenfelder und Eisenhütten. Um diesen Preis die deutsche Auslandspolitik für alle Zukunft in die damit verbundenen schwersten Gefahren zu stürzen, das kann nur unpolitischen Professoren oder hazardierenden Politikern einfallen. Das deutsche Volk hat an der Wegnahme Nordfrankreichs od. Belgiens kein Interesse — im Gegenteil! Um einer dem allseitigen Interesse dienenden Zukunft willen dürfen wir Frankreich nicht verkleinern, auch sonst keine Besitzergreifung vornehmen. Das würde erst recht den Keim zu neuen grossen Kriegen legen, in denen Deutschland vielleicht weder das Recht noch die nötige Macht auf seiner Seite hätte.... Es gilt vielmehr, gerade nach dem westlichen Festland hin Deutschland nicht zu isolieren, sondern stärker als jemals zu koalieren, — also eine Politik zu treiben, wie sie die deutsche Sozialdemokratie im Reichstag unzählige Male verlangt hat! Die Gefahren für den Frieden, für die wirtschaftliche und kulturelle Fortentwicklung drohen nicht von dem französischen und belgischen Westen, sondern

vom russischen Osten. Und diese Gefahren drohen insgesamt nicht von der vermeintlichen Böswilligkeit der Völker — sondern vom internationalen imperialistischen Kapitalismus! Dieser schaltet und waltet noch über das Wohl und Wehe der Völker! Wie sehr undemokratisch er ist, das zeigte sich gerade darin, dass der Krieg kam, trotzdem die Völker Englands, Frankreichs, Russlands, Deutschlands ihn nicht wollten. Es sind nicht nur die in Russland investierten Milliarden der französischen Grosskapitalisten, zu deren Schutz das französische Volk bluten muss, es sind auch die Kapitalisten-Interessen der anderen Länder, die diesen die Kriegsoffer auferlegen. Immer wird dieser Kapitalismus imperialistisch sein und wird die Völker um seiner Interessen willen in die Kriege hetzen. Daher ist im Grunde die Sozialdemokratie die einzige Partei, die jeder Annexions- und Eroberungspolitik entgegen ist.¹⁾ Gerade jetzt an der Stellung zum Militarismus und Imperialismus zeigt es sich, wer Sozialist ist und wer nicht.

Erwiderung von Pastor Emil Felden (Bremen).

Auf Ihre Anfrage betr. einer Annexion Nordfrankreichs und Belgiens durch Deutschland erlaube ich mir folgendes zu bemerken:

1. Ich glaube nicht, dass die Annexion der genannten Gebiete den Krieg nennenswert verlängern würde. Es wird Deutschland sowieso nichts weiter übrigbleiben, als solange zu kämpfen, bis seine Gegner erschöpft am Boden liegen. Das gilt auch für England, ja, gerade für dieses. Wir kämpfen nicht um des Krieges, sondern um des Friedens willen. Ein nicht erschöpftes England ist aber eine stete Kriegsgefahr. Dazu kommt ein zweites. Das deutsche Volk würde es nicht verstehen können, wenn England, das sich im gegebenen Moment, wenn seine Bundesgenossen sich verblutet haben, zum Frieden bereit erklären wird, mit einem blauen Auge davon käme. Obwohl dieser Krieg von uns allen als ein bitteres Muss angesehen wird, ist er durchaus populär: wir kämpfen eben um unsere Existenz! Vor allem gilt das für unsern Krieg gegen England, das uns nicht nur Japan auf den Hals gehetzt hat, sondern nach der Ansicht unseres ganzen Volkes an diesem entsetzlichen Ringen die Hauptschuld trägt. Die Regierung, die es wagen würde, den Frieden vorzuschlagen, ehe England nicht klein beigegeben hat, würde sich unsagbar verhasst machen, hätte auf immer verspielt.

2. Trotzdem würde ich eine Annexion der erwähnten Gebiete für ein Unglück halten. Die Gründe, die Sie, geehrter Herr Redakteur, gegen eine Annexion unter 1. und 2. ihres Artikels angeführt haben, halte ich für durchaus richtig. Ich brauche also nicht weiter darauf einzugehen. Für mich kommt noch ein anderer Punkt hinzu. Ich würde eine Annexion vom Standpunkt des Fortschrittes in Deutschland tief bedauern. Belgien mit seiner klerikalen, analphabetischen Bevölkerung würde in Deutschland eine Verstärkung derjenigen Mächte bedeuten, die gegen den Fortschritt arbeiten und den Rückschritt propagieren. Es bliebe, wollte man dieser Gefahr, ebenso wie der von Ihnen unter Nummer 1 Ihrer Gründe angegebenen, entgehen, nur übrig, die Methode der Assyrer und Babylonier anzuwenden, die die Bevölkerung des eroberten Landes aus ihrer Heimat herausnahmen und im eigenen Lande zerstreut ansiedelten. Dass dieser Weg heute ungangbar ist, bedarf weiter keiner Erörterung.

In der zweitfolgenden Nummer beginnen wir dann die Wiedergabe der Erwiderungen auf unsere Rundfrage über die «Berechtigung» und «Nützlichkeit» des Völkerhasses.

Mehrere sehr interessante Aufsätze über diese Frage — wenn auch theilweise einander entgegengesetzter Tendenz — so von Geheimrath Lamprecht (Leipzig) Hofrath Lammasch, Prof. an der Universität Wien, Mitglied des Haager Schiedsgerichtshofes, von Ramsay Macdonald, Mitglied des englischen Parlaments und von Gustave Belot, Generalinspektor des französischen Unterrichtswesens, sind uns bereits zugekommen.

D. R. d. M.

¹⁾ Wir hoffen, dass sich diese Voraussage nicht als richtig bewähre und die Erwiderungen unserer vorigen Nummer scheinen doch wohl unsere Hoffnung zu bestätigen.

Ann. d. Red.

Verantwortl. Verleger und Buchdr.: Fr. Ruedi, Lausanne.